Migration – Zuflucht – Integration: Humanität im Schatten.

Von Klaus J. Bade

Statement zur Vorstellung des Buches: Heiko Kauffmann / Albert Riedelsheimer, „Flüchtlingskinder in Deutschland – nach der Rücknahme der Vorbehalte", Berlin, 16.09.2010

Migration und Integration stehen im Licht, Flucht und Asyl im Schatten der öffentlichen Diskussion. Wirtschaftswanderer auszusuchen, ist das Recht eines jeden Aufnahmestaates. Flüchtlinge aufzunehmen ist humanitäre Pflicht. Sie wird meist als unerwünschte Last verstanden, die nach Möglichkeit zu begrenzen ist. Aufnahmestaaten vergessen dabei oft, dass sie selbst es waren, die sich völkerrechtlichen Verpflichtungen zum besseren Schutz von Flüchtlingen unterworfen haben. Erfahrungshintergrund waren die Exzesse staatlicher Verfolgungs- und Vernichtungspolitik in der ersten Hälfte des vergangenen sog. „Jahrhunderts der Flüchtlinge", dessen Bezeichnung auch zum 21. Jahrhundert passen könnte.

Dennoch ist die Aufnahme von Flüchtlingen, von Kontingentregelungen abgesehen, meist nicht allein Ergebnis der Bereitschaft, Zuflucht Suchende aus politischen, humanitären oder anderen Gründen aufzunehmen. Sie ist vielmehr meist abhängig davon, ob es hochspezialisierten Fachanwälten gelingt, den staatlichen Widerstand gegen die Flüchtlingsaufnahme zu brechen, in aller Regel unter Berufung auf höherrangige Rechtsnormen – so z.B. die Genfer Flüchtlingskonvention oder die Europäische Menschenrechtskonvention.

Die Folgen dieser miserablen Praxis sind bekannt. Sie reichen von den psychischen Belastungen langjähriger Verfahren in Gestalt einer Traumatisierung der Traumatisierten bis hin zur nicht einmal statistisch erfaßten Verschleuderung von Humankapital in diesen Jahren des Wartens unter dem Damoklesschwert der Duldung. Beschränkt oder auch verhindert (Residenzpflicht) wird damit die auch vom Aufnahmeland selbst dringend gebrauchte Qualifikation bzw. Weiterqualifikation junger Menschen, die in vielen Fällen dann doch bleiben dürfen. Im quälenden Warten auf diese Entscheidung verlieren sie viel an sozialen Lebenschancen und an wirtschaftlichem Leistungs- und Erwerbspotential. Ein noch dramatischerer Bereich ist der föderale Irrgarten der Regelungen über den Schulbesuch von Kindern irregulär im Land lebender Eltern.

Von diesem Leiden von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien und mehr noch von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen handeln in diesem Buch die Beiträge von Heiko Kauffmann und Lothar Krappmann, um nur zwei der Autoren zu nennen, die allesamt Pioniere des Kinderrechts-, Menschenrechts- und Flüchtlingsrechtsarbeit sind.

Nicht genug mit dem Leiden von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen: Nicht selten zerbrechen Familien unter dem Druck dieser unkalkulierbaren Schicksalsverwaltung. In Einzelfällen verwandeln sich Familienverbände sogar in für die Aufnahmegesellschaft gefährliches Aggressionspotential. Am Ende wird dann, um ein Berliner, aber auch im

Ruhrgebiet und in Bremen gültiges Beispiel zu nennen, lamentiert über schwerstkriminelle Ethnoclans in unseren Großstädten mit in der Tat grauenerregenden Verbrecherkarrieren und einer unübersehbaren Zahl von schwer getroffenen Opfern. Die Entwicklung dahin hat bei manchen zweifelsohne schon im Ausland begonnen; aber es ist ein offenes Geheimnis, daß er unter dem sozial isolierenden Quasi-Status der Duldung beschleunigt wurde.

Eine konsequente Begrenzung und, wo unausweichlich, auch Bekämpfung solcher gesellschaftlicher Fehlentwicklungen ist nötig. Sie sind aber eher auffällige und gefährliche Ausnahmen, die in Wirklichkeit nur die Regel der unauffälligen und friedvollen Integration der Einwanderer in Deutschland bestätigen. Eine Umfälschung dieser Probleme zum Regelfall mit einseitigen Schuldzuweisungen in zynischer gruppenspezifischer Agitation - wie z.B. im Falle von Thilo Sarrazin Argumentation gegen Muslime als ‚genetisch' dumme und demographisch bedrohliche Zuwanderer - ist kein Beitrag zur Lösung, sondern zur fahrlässigen Eskalation gesellschaftlicher Probleme. Wir sollten nicht vergessen, daß diese Probleme zwar durchaus nicht nur, aber ganz entschieden auch Folgen gesellschaftspolitischer Versäumnisse sind, die ich schon 1983 als ‚defensive Erkenntnisverweigerung' gebrandmarkt habe.

In den 1980er und 1990er Jahren nämlich haben Pro Asyl, Kirchen, Wohlfahrtsverbände zahlreiche andere Initiativen, einige engagierte Politiker und unabhängige Wissenschaftler wie ich selber unentwegt vor den gefährlichen Folgen des teils nachlässigen und fahrlässigen, teils politisch denunziativen, defensiven und sozial aggressiven Umgangs mit den Themen Flucht und Asyl und davor gewarnt, daß dereinst die sozialen Rechnungen auf den Tisch kommen würden. Diese sozialen Rechnungen gehen auf Kosten der Gesellschaft insgesamt, vor allem aber auf Kosten der still leidenden Betroffenen selbst, die in dieser Gesellschaft nur wenig Rücksicht finden.

Aber es gibt nicht nur humanitäre und historische Argumente für einen Wandel der Flüchtlingspolitik auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Auch die Ursachen, Begleitumstände und Folgeerscheinungen globaler Krisen und regionaler Desaster werden immer komplexer. Hansjörg Strohmeyer, Leiter der Abteilung für strategische Planung des UN-Nothilfe-Büros in New York, hat sie neulich (SZ, 19.08.2010, S. 11) so zusammengefaßt: „Klimawandel, globale Finanzkrise, rapides Bevölkerungswachstum, Wasser- und Energieverknappung, Urbanisierung, Migration, Welternährungskrise und endemische Armut." Und auch dies sind nur einige Beispiele der zunehmend in ihren Ursachen verschränkten globalen und regionalen Megakatastrophen, die langfristig zunehmen werden: „Prognosen sprechen von einer globalen Gesellschaft, in der auf Dauer ein Drittel der Menschheit notleidend ist." (ebenda).

Humanitäre Hilfe sei vor diesem Hintergrund „eine Investition in ein immer vernetzteres System globaler Stabilität und Gerechtigkeit", schreibt Strohmeyer zu Recht: „Was wir brauchen, ist ein tragfähiges globales Hilfsnetzwerk. Dieses Netzwerk muß auf der Zusammenarbeit von multilateralen, bilateralen, regionalen und nationalen Initiativen beruhen. Es muß gut analysieren und mit politischem Gespür schnell reagieren."

Das erinnert den Historiker an die Vision aufgeklärter Monarchen der europäischen Frühen Neuzeit vom umfassenden Regelsystem jener ‚Guten Policey', das der Monarch zwar entwerfen, aber nicht konkret umsetzen konnte. Heute können wir solche Systeme nicht nur entwickeln, sondern auch umsetzen. Und das geschieht auch zunehmend, wenn auch noch nicht hinreichend in jenem internationalen humanitären System, dessen jährliches Gesamtvolumen auf UN-Ebene immerhin von 2,7 Mrd. Dollar 2002 auf rund 10 Mrd. Dollar 2010 angestiegen ist (gemessen am Gesamtvolumen der jährlichen vom UN-Büro für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten veröffentlichten Humanitären Hilfsappelle).

Aber damit nicht genug. Auf der europäischen und nationalen Ebene verlangt die säkulare humanitäre Herausforderung die zügige Umsetzung entsprechender Konzepte, von denen hier abschließend nur vier genannt seien: 1. Resettlement, 2. Burden sharing, 3. die nicht nur normative, sondern faktische Beendigung der Kettenduldungen und 4. die ebenfalls nicht nur normative, sondern rechtspraktische Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland, um die es ganz zentral in diesem Buch geht:

Es fordert ein, was Flüchtlingskindern seit der im April 1992 erfolgten Inkraftsetzung der im November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Kinderrechtskonvention in Deutschland vorenthalten wurde durch den makabren ‚Ausländervorbehalt' vom April 1992. Dieses zynische Kapitel der inhumanen Humanitätspraxis eines Landes, das sich gern im Ausland für die Einhaltung der Menschenrecht einsetzte, ist fast auf den Monat genau erst nach sage und schreibe 18 Jahren, am 3. Mai 2010, zu Ende gegangen – und doch nur in Gestalt eines Formelkompromisses, der das Papier nicht wert zu sein scheint, auf dem er gedruckt wurde; denn aus Kreisen der Bundesinnenministerkonferenz war sogleich zu hören, daß diese Entscheidung an der Rechtspraxis nichts ändern werde.

Der Skandal geht also weiter, ganz im Sinne der Überschrift über dem Buchbeitrag von Heiko Kauffmann, die mit einem Fragezeichen endet: „Deutsche Vorbehalte gegen Flüchtlingskinder – das Ende einer schier unendlichen Geschichte...?"

Möge dieses Buch dazu beitragen, daß das Fragezeichen bald durch ein Ausrufungszeichen ersetzt werden kann.